

BR/GT I/3 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ UEBER Brüssel, den 30. Juni 1969
DIE EINFUEHRUNG EINES EUROPÄISCHEN BR/GT I/3/69
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

- Sekretariat -

Herrn Präsidenten nach Rückkehr am <u>3.7.</u> vorzulegen
--

- 1.) Herrn Präs. u. R.
- 2.) WK ~~Berlin~~

Deutsches Patentamt	
Eing. 2. JULI 1969	
Anl.: <u>1+5</u>	Referat:
Sachgebiet: <u>236/69</u>	<u>EPR</u>

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die französische Delegation hat dem Sekretariat der Konferenz mit Schreiben vom 26. Juni 1969 die Textvorschläge zum ersten Teil und zu den Kapiteln I - III des zweiten Teils der Arbeitsunterlage übermittelt, die vom Vorsitzenden der Gruppe vorgelegt worden sind (Dok. BR/GT I/2/69).

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I der Konferenz erhalten diese Vorschläge in der Anlage.

*Z. d. A.
31. A.
Bv*

ANLAGE

VORSCHLÄGE DER FRANZOESISCHEN DELEGATION

Die nachstehenden Vorschläge erfolgen unter Zugrundelegung der Arbeitsunterlage BR/GT I/2/69, die vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe vorgelegt worden ist. Sie betreffen nur den ersten Teil und die Kapitel I bis III des zweiten Teils des Vorentwurfs. Die von der französischen Delegation vorgeschlagenen Aenderungen beziehen sich teilweise auf die Form. So werden insbesondere im ersten Teil des Abkommens grössere Umstellungen vorgenommen.

Einigen Textvorschlägen der französischen Delegation sind Kommentare beigegeben. Zu einzelnen Punkten des Vorschlags des Vorsitzenden hat die französische Delegation ihren Standpunkt in einer Anmerkung dargelegt, ohne einen neuen Text vorzuschlagen.

Erster Teil

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(Zweck des Abkommens)

(Artikel 1 und 2 Absatz 1 des Vorschlags des Vorsitzenden)

- (1) Durch dieses Abkommen wird ein den Vertragsstaaten gemeinsames Recht für die Erteilung von Patenten geschaffen.
- (2) Die gemäss diesem Abkommen erteilten Patente erhalten die Bezeichnung "europäisches Patent".

Artikel 2

(Wirkung des europäischen Patents)

(Artikel 2 Absatz 2. a des Vorschlags des Vorsitzenden)

[Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens] wird das europäische Patent in jedem Staat, für den es erteilt worden ist, [hinsichtlich seiner Geltungsdauer, des Inhalts und der Ausübung der damit verbundenen Rechte, seiner möglichen Uebertragungen ...] wie ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent behandelt.

Anmerkung: Der Inhalt des Satzteils in eckigen Klammern hängt von den späteren Bestimmungen des Abkommens ab und dient nur als Hinweis. Obgleich es nicht angebracht ist, in diesem einleitenden Artikel, der nur eine grundsätzliche Bestimmung darstellt, eine vollständige Definition der Stellung des europäischen Patents in jedem einzelnen Vertragsstaat zu geben, dürfte es nicht ausreichen, hinsichtlich der "Wirkung" des europäischen Patents auf die des nationalen Patents zu verweisen, um seine Gleichstellung mit dem nationalen Patent in jedem dieser Staaten zum Ausdruck zu bringen.

Artikel 3

(Territoriale Begrenzung)

(kein entsprechender Vorschlag in Dokument BR/GT I/2/69)

Der Anmelder eines europäischen Patents kann unter den Voraussetzungen und Vorbehalten dieses Abkommens verlangen, dass ein solches Patent nur für einen Teil der Vertragsstaaten erteilt wird.

Artikel 4

(Besondere Abkommen)

(Artikel 8 a des Vorschlags)

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 2 und 3 kann eine Gruppe von Vertragsstaaten in einem besonderen Abkommen vorschreiben,

- a) dass die europäischen Patente nur für alle Staaten der Gruppe beantragt werden können;
- b) dass diese Patente im gesamten Hoheitsgebiet der genannten Staaten einheitlich und autonom sind und den Vorschriften des besonderen Abkommens unterliegen.

Artikel 5

(Europäisches Patentamt)

- unverändert (Artikel 3 des Vorschlags des Vorsitzenden) -

Artikel 6

(Recht zur Einreichung einer europäischen Patentanmeldung)

(Artikel 5 des Vorschlags des Vorsitzenden)

Jede natürliche oder juristische Person oder jede einer juristischen Person gemäss dem für sie massgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt oder in einem der Vertragsstaaten ihren Wohnsitz oder Sitz hat, kann die Erteilung eines euro-

päischen Patents beantragen. Das gleiche gilt für natürliche und juristische Personen oder juristischen Personen gemäss dem für sie massgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften, die die Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaats besitzen oder in einem solchen Staat ihren Wohnsitz oder Sitz haben, falls die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten in bezug auf den Schutz des gewerblichen Eigentums in diesem Staat die Vorteile geniessen, die dieser Staat seinen Staatsangehörigen gewährt. Die Vorschriften des Rechts der Nichtvertragsstaaten über das Gerichts- und Verwaltungsverfahren und die Zuständigkeit sowie über die Wahl des Wohnsitzes und die Bestellung eines Vertreters, die etwa nach den Gesetzen über das gewerbliche Eigentum erforderlich sind, bleiben hierbei ausser Betracht.

Anmerkung: Die erste Fassung des Artikels 5 in Dokument BR/GT I/2/69 ist von der Konferenz am 21. Mai 1969 nicht geprüft worden.

Artikel 7

(Koexistenz des europäischen Rechts und der nationalen Rechte)

- unverändert (Artikel 6 des Vorschlags) -

Artikel 8

(Doppelschutz)(Artikel 7 des Vorschlags)

Anmerkung: Die französische Delegation ist der Ansicht, dass die Voraussetzungen und die Tragweite des Doppelschutzes - falls dieser gemäss der vorgeschlagenen Bestimmung zugelassen werden sollte - in diesem Abkommen klar definiert werden müssten (wie es in den Artikeln 194 ff des Vorentwurfs von 1962 der Fall ist), damit Unklarheiten oder Meinungsverschiedenheiten vermieden werden, die den Benutzern des europäischen Patents schaden könnten. In Ermangelung einer solchen gemeinsamen Regelung wäre es besser, den Doppelschutz völlig zu verbieten.

Artikel 9

(Sonstige internationale Verträge)

unverändert (Artikel 8 des Vorschlags) -

Zweiter Teil

Materielles Patentrecht

Kapitel I

Patentierbarkeit

Artikel 10

(Patentfähige Erfindungen)

unverändert (Artikel 9 des Vorschlags) -

Artikel 11

(Ausnahmen von der Patentierbarkeit)

unverändert (Artikel 10 des Vorschlags) -

Artikel 12

(Neuheit)

(Artikel 11 des Vorschlags)

1) - unverändert

2) - unverändert

3) - Anmerkung: Das französische Gesetz vom 2. Januar 1968 sieht vor, dass für die spätere Patentanmeldung nur die in der früheren Anmeldung enthaltenen Patentansprüche neuheitsschädlich sind, wobei die frühere Anmeldung nicht als zum Stand der Technik gehörig gilt.

- (4) - Anmerkung: Es bleibt noch die Frage offen, ob die durch die früheren europäischen Patentanmeldungen begründeten "früheren Rechte" vom Europäischen Patentamt oder später von den einzelstaatlichen Stellen geprüft werden. Die erste Lösung würde dazu führen, dass für ein und dieselbe Erfindung mehrere europäische Patente erteilt würden, deren Inhalt von Land zu Land verschieden wäre. Auch bei der zweiten Lösung würden sich einige Nachteile ergeben. Es wäre wohl besser vorzusehen, dass "frühere europäische Rechte" generell neuheits-schädlich sind, ohne die in Absatz 4 enthaltene Einschränkung einzufügen. Dieser Absatz wäre daher zu streichen. 2

Artikel 13, 14, 15

(Artikel 12, 13, 14 des Vorschlags des Vorsitzenden)

- unverändert -

Kapitel II

Recht auf das Patent

Artikel 16

(Recht auf Erlangung des europäischen Patents) (Artikel 15 des Vorschlags)

Anmerkung: Die französische Delegation gibt zu überlegen, ob dieser Artikel nicht auf den gegenwärtigen Inhalt des Absatzes 2 beschränkt werden und es dem einzelstaatlichen Recht überlassen werden sollte, die in Absatz 1 enthaltenen Grundsätze festzulegen. Nur Absatz 2 unterliegt dem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt.

Artikel 17

(Patentanmeldung durch Nichtberechtigten)

(Artikel 16 des Vorschlags)

Anmerkung: Die in bezug auf den vorangehenden Artikel angeführten Gründe würden dazu führen, dass die Absätze 1 und 2 gestrichen und nur die Bestimmungen aufrechterhalten würden, die in Absatz 3 enthalten sind und das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt unmittelbar betreffen.

Artikel 18

(Anspruch auf Erfindernennung)

- unverändert (Artikel 17 des Vorschlags) -

Kapitel III

Wirkungen des Patents

Artikel 19

(Ältere nationale Rechte - Artikel 19 des Vorschlags)

Anmerkung: Die Regel, die Gegenstand der Bemerkung zu diesem Artikel ist, sollte in einer späteren Bestimmung des Abkommens ausdrücklich niedergelegt werden.

Artikel 20

(Rechte aus dem europäischen Patent - derselbe Artikel des Vorschlags)

- unverändert -

Artikel 20bis (derselbe Artikel)

- (1) Anmerkung: Die französische Delegation befürwortet die 2. Fassung. Der Ausdruck "ungeprüften" müsste geklärt werden.
- (2) Anmerkung: Die französische Delegation schlägt vor, nur den Buchstaben a beizubehalten und den Buchstaben b wegzulassen.
- (3) (unverändert).

Artikel 20ter (derselbe Artikel)

- (1) Anmerkung: Die französische Delegation befürwortet die 1. Fassung. Der Ausdruck "vom Zeitpunkt der Bekanntmachung der Patentansprüche an" sollte geklärt werden.
- (2) Anmerkung: Gleiche Bemerkung wie zum vorangegangenen Artikel: Streichung des Buchstaben b.
- (3) (unverändert).

Artikel 21

Anmerkung: Es wäre besser, im zweiten Satz den Wortlaut des Strässburger Uebereinkommens zu verwenden: "Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Auslegung der Patentansprüche heranzuziehen".

Artikel 22

- unverändert -
